so gemägte der Zuruf: „Schlag zu, Meister!" und der arme Teufel hatte seine letzte Schüssel zerbrochen. Der Harem des Schahs ist „mobilisiert" und kostet eine ganze Stange Geld. Hin und wieder werden Haremsdamen in Gnaden entlassen und hervorragenden Untertanen zum Geschenk gemacht. Diese Inventuraufnahme des Harems geschieht hauptsächlich, um Raum für neue Schönheiten zu schaffen, die dem Schah sehr oft von Verwandten, Würdenträgern oder den Vertretern im Orient geschickt werden. Die entlassenen Damen führen meist den Titel „Exzellenz". Auch in Berlin lebt eine solche Exzellenz in glücklicher Ehe und wird ihrem Schöpfer danken, daß sie vergnüglich im Tailor made unter den Linden flanieren oder — die höchste Seligkeit — zu Wertheim gehen kann.

Die Schar der Prinzen und Prinzessinnen ist natürlich groß, der „Gotha" führt sie lange nicht alle auf. Zum Teil werden die Prinzen mit anderen jungen Persern in Europa erzogen. Söhne des jetzigen Schahs sind auf dem Theresianum in Wien. Auch Berlin hat zahlreiche Perser, meist sehr intelligente und liebenswürdige Leute, die sehr gut deutsch sprechen und angenehme Manieren haben. Sie sind in der Gesellschaft sehr beliebt. Diese europäische Bildung war in der persischen Heimat nicht immer beim niedrigen Volke eine Quelle der Anerkennung. Besonders die glaubenswütigen Mollahs feindeten die jungen Perser in europäischer Tracht an, und Faustschläge fuhren oft auf den „Abtrünnigen" nieder, der in Kragen und Kravatte über die Straße zu gehen wagte. Heute ist das anders. Ueber Nacht hat man sich besonnen, und nach der berühmten Sezession der Mollahs hat der Schah dem lieben Volke, das sonst nach Kräften gebrandschatzt und geschunden wird, eine Verfassung und ein Parlament geschenkt. Muzaffer-ed-Din hat das angeblich aus gutem Herzen gegen den Willen seines Großwesirs getan; der japanische Sieg soll auch in Persien das Nationalgefühl geweckt haben, an Stelle des alten Schlendrians soll das eifrige Streben, sich gleich Japan das europäische Wissen nutzbar zu machen, getreten sein — aber es gibt auch böse Menschen, die da behaupten, der erlauchte Parlamentsgeber sei nur „Asse" gewesen, wie der Berliner sagt. Man tue in Theorie europäisch-modern, um in Europa einen kräftigen anderen Pump anlegen zu können. Früher gab Rußland willig die Millionen — allerdings zu hohen Zinsen in Gestalt von großen Konzessionen, Bahnbauten usw. — aber heute, wo Graf Witte selbst immer wieder mit dem Klingelbeutel reisen muß, ist die gute alte Zeit vorbei, und der „König der Könige" sitzt zuzeiten in einem ganz unkaiserlichen Dalles. Denn die vielgerühmten Millionen, welche sich angeblich in den Truhen Nassr ed Dins finden sollten, als er starb, waren von der Sorte der „grauen Theorie", wie flach, sagt der Araber, glänzen durch Abwesenheit. Diese Millionen lagen im Monde, und der arme Muzaffer mußte wie ein ganz gewöhnlicher Sterblicher einen Pump nach dem anderen anlegen, und dabei kann er nicht einmal seine europäischen Gläubiger zur Tafel nach Teheran laden. Da macht sich das Geschäft freilich erheblich glatter: „Heraus mit den fetten Batzen oder — Meister, schlag zu!" Aber leider geht das nicht.

Am schlechtesten wird eigentlich in Persien der Kronprinz behandelt. Wenn er klug ist, bleibt er in einem trauten Winkel still für sich, nicht zu weit von der Grenze, und beherzigt den alten Spruch: „Geh nicht zu deinem Fürst, wenn du nicht gerufen wirst." Bei den ewigen Intrigen am Hofe, wo jede Schahlemorrin ihrem Sohne den Thron sichern möchte, ist der Verdacht gegen den legitimen Thronerben leicht erregt; ihm werden Staatsstreichgedanken angedichtet, und er ist nie seiner Ruhe sicher. Beim Thronwechsel kommt es natürlich stets zu Versuchen, durch Palastrevolten oder offenen Aufstand in der Provinz irgend einem Prätendenten die Lammfellmütze mit den Halsreihbrillanten zu sichern; da wirken dann Dolch und Gift, Pulver und Blei, bis das „Recht" oben schwimmt. Es wird noch lange im Reiche des Schahs nach altem Brauche weitergehen: Verschwendung und Despotie am Hofe, Gewalt, Raub und Habgier im Lande, Armut und geduldiges Lasttragen bei dem Volke. So war es und so wird es bleiben. Und ob es einmals wirklich besser wird?

*

Ueber die letzten Lebensstunden Muzaffer-Eddins erfahren wir: Vier Kampferinjektionen, die dem schwerkranken Herrscher im Laufe des gestrigen Tages gegeben wurden, konnten die Katastrophe nicht mehr aufhalten. Um 5 Uhr abends wurde der Thronfolger mit den Ministern gerufen, um den letzten Augenblicken seines Vaters beizuwohnen. Die Frauen des Schahs begannen ihre Trauervorbereitungen. Bald nach Sonnenuntergang wurden die Tore zum Harem als Zeichen, daß alles vorüber sei, geschlossen.

*

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt zu dem Tode des Schahs von Persien: „Der verstorbene Schah war ein Freund Deutschlands. Sein nach langen, schweren Leiden erfolgtes Ableben wird bei uns beklagt. Wir hoffen, daß die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Persien auch unter der Regierung seines Nachfolgers fortbestehen möchten in demselben Geiste wie bisher, das will sagen, nicht die Durchführung der gelegentlich in ausländischen Blättern erfundenen politischen Pläne, sondern im Interesse der Entwickelung unseres Handels mit Persien, die Förderung friedlicher Kulturbestrebungen."

*

Der Thronfolger Muhamed Ali Mirza,
der bereits seit vierzehn Tagen die Regierung an Stelle seines kranken Vaters führt, ist der älteste Sohn Muzaffer-Eddins; er ist am 21. Juni 1872 geboren und Vater eines Sohnes. Nach der persischen Sitte verwaltete er, der seit jeher als „Wahliad" (Thronfolger) galt, die Provinz Aserbeidjan und residierte in Täbris. Diese Stadt ist der Sitz der bestsituierten und einflußreichsten Kaufleute Persiens, die zugleich die Intellektuellen des Landes und die Führer der politischen Bewegung sind, welche zu der Einführung der Verfassung Veranlassung gab. — Unser Londoner K-Korrespondent telegraphiert: Der neue Schah ist geboren in Täbris, genoß übliche persische Erziehung, studierte persische und arabische Philosophie, aber auch europäische politische Oekonomie und Geschichte. Er spricht perfekt Französisch, ist in Persien berühmt als Stilist und als Kalligraph. Er diente in der Armee, vom Fähnrich aufwärts, die vollen normalen Dienstzeiten durch alle Grade, bis er Oberst wurde. Dann wurde er, wie alle Kronprinzen, Gouverneur von der militärischen Provinz des Landes Aberbeidschan (in dem alten Medien). Muhamed Ali ist ein ernster, außerordentlich fleißiger Mann, der die Provinzialbeamten in Täbris oft in Verzweiflung versetzte. Er haßt den Pomp, er ist einfach, sparsam bis zum Geiz. Unter ihm hob sich die Provinz Aberbeidschan bedeutend. Er baute viele Schulen und Hospitäler. Er zeigte sich Rußland gegenüber in schwierigen Grenzfragen seiner Provinz als ein gewandter Diplomat. Er ist reformeifrig, populär. Seine Stellung zum neuen persischen Parlament ist umstritten. Muhammed Ali ist ein unbeschriebenes Blatt, dürfte aber mit der alten Beamten-Korruption aufräumen und dadurch mittelbar den russischen Einfluß schwächen. Entscheidend wird seine Stellungnahme zur mohammedanischen Geistlichkeit sein, auf die sich der englische Einfluß hauptsächlich stützt.

Deutsches Reich.

Leipzig, 10. Januar.

* **Königin Marie von Hannover †.** Die schwere Operation, deren sich die greise, 89jährige ehemalige Königin von Hannover vor wenigen Tagen unterziehen mußte, hat, wie wir durch ein Privattelegramm aus Wien erfahren, trotz der anfänglich günstigen Nachrichten am gestrigen Tage zum Tode der Fürstin geführt. Sie war am 14. April 1818 als Tochter des Herzogs Georg von Sachsen-Altenburg und seiner Gemahlin der Herzogin von Mecklenburg-Schwerin geboren. Ihr um 8 Jahre jüngerer Bruder ist der regierende Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg. Am 18. Februar 1843 vermählte sie sich mit dem vormaligen König Georg V. von Hannover. Nach dem für Hannover unglücklichen Kriege von 1866 wohnte sie zuerst längere Zeit mit ihrem Gatten in Hietzing, dann in Gmunden, wo sie zumeist bis zu ihrem Tode gelebt hat. Im Jahre 1878 starb ihr Gemahl. Auch über seinen Tod hinaus hielt sie grundsätzlich an dem „Recht" auf Hannover fest. Ihr einziger noch lebender Sohn ist der Herzog Ernst August von Cumberland, dessen Ansprüche auf den Braunschweiger Thron noch lebhaft erörtert werden. Von ihren beiden Töchtern lebt nur noch die Prinzessin Friederike, vermählt mit Alfons Freiherr von Pawel-Rammingen. — Aus Hannover wird uns in einem ed.-Privattelegramm gemeldet: Die hier durch Extrablätter verbreitete Nachricht vom Tode der Königin Marie von Hannover hat in der gesamten Bevölkerung tiefe Anteilnahme hervorgerufen. Zahlreiche Häuser der Welfen haben Halbmast geflaggt. Die Fahnen tragen hannoversche Farben. In zahlreichen Schaufenstern sind Büsten und Bilder von der Königin in Trauerschmuck ausgestellt. Zahlreiche Vergnügungen und Feste, die im Laufe der nächsten Tage stattfinden sollten, sind abgesagt worden. Zahlreiche Deputationen und Vertreter von hannoverschen Vereinen haben sich nach Gmunden begeben. — Wie uns ein weiteres K-Privattelegramm aus Hannover meldet, hat der Kaiser sofort nach Empfang der Todesnachricht angeordnet, daß am Abend des gestrigen Tages das Königliche Hoftheater in Hannover geschlossen bleibt.

npc. **Handelsvertragsverhandlungen mit Amerika.** Die Nachrichten über die Eröffnung von Handelsvertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten, sind mit Vorsicht aufzunehmen. Es ist zweifellos, daß in den Vereinigten Staaten von vielen Seiten eine feste vertragsmäßige Regelung der Handelsbeziehungen zum Deutschen Reiche aufrichtig gewünscht und gefördert wird. Es ist aber eben so wieder Tatsache, daß sich gegen diese künftige Strömung noch wie vor mächtige dem Handelsvertrage feindliche Einflüsse geltend machen. Zunächst muß sich zeigen, welche Wirkung drüben der Bericht haben wird, den die nach Deutschland entsandten amerikanischen Sachverständigen über Einzelpunkte der Tariffragen zur Information der amtlichen und parlamentarischen Stellen Amerikas ausarbeiten. Die Tagung der Kommission in Berlin hat bekanntlich einen beide Teile befriedigenden Verlauf genommen. Man darf aber nicht vergessen, daß die Aufgabe der Kommission darin bestand, Informationsmaterial zusammenzubringen; daß sie aber nicht kompetent war, weder für Deutschland noch für Amerika, schon in sachliche Verhandlungen über einen Handelsvertrag einzutreten. Innerhalb des ihr gesteckten Rahmens hat aber die Kommission ihre Arbeit so geleistet, daß man sich einen guten Fortgang für die Behandlung der handelspolitischen Fragen zwischen Deutschland und Amerika versprechen kann.

* **Dem Etat des preußischen Finanzministeriums** ist eine Denkschrift beigegeben über die Verlegung des Sitzes des Oberpräsidiums und des Provinzialschulkollegiums der Provinz Schleswig-Holstein von Schleswig nach Kiel, die damit begründet wird, daß in Schleswig, das abseits vom großen Verkehr gelegen sei, sich dem Oberpräsidenten nicht wie in Kiel ausreichende Möglichkeit biete, die zur erfolgreichen Führung seines Amtes erforderliche Fühlung mit der Bevölkerung, den Behörden und den öffentlichen Körperschaften aufrecht zu erhalten. Die Durchführung der Verlegung würde am 1. Oktober 1907 durch einen Erlaß des Königs erfolgen, nachdem die dazu erforderlichen Mittel vom Landtage bewilligt sind.

* **Erzberger, der Rechenkünstler.** Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Erzberger sucht in der „Germania" unsere Kritik seiner Wahlbroschüre zu entkräften und kommt dabei zu dem Schluß, daß ihm kein Fehler nachgewiesen werde. Erzberger passiert dabei das Unglück, daß er angibt, wir hätten den Zuwachs des deutschen Nationalvermögens, den wir als Beweis der vermehrten finanziellen Leistungsfähigkeit der Nation anführten, in 22 Jahren auf 3 Milliarden Mark angegeben. Er stellt diesen drei Milliarden die Erhöhung der Reichsschuldenlast gegenüber, die in der gleichen Zeit den gleichen Betrag ausmache. Nicht um drei, sondern mindestens um dreißig Milliarden ist unsere Nation reicher geworden.

-r- **Zur Frage der Schiffahrtsabgaben.** Ueber die Stellung der sächsischen Regierung zur Frage der Stromschiffahrtsabgaben liegt wiederum eine Mitteilung vor. Finanzminister Dr. Rüger hat nämlich am Dienstag einer Deputation des Sächsischen Konzessionierten Schiffervereins erklärt, er glaube zwar nicht, daß Preußen die Frage der Schiffahrtsabgaben überhaupt an den Bundesrat bringen werde, er habe vielmehr Veranlassung, anzunehmen, daß Preußen versuchen werde, durch Sonderverträge mit den Einzelstaaten die Abgaben einzuführen. Sollte aber die Frage wider Erwarten an den Bundesrat gebracht werden, so würden die sächsischen Stimmen gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben abgegeben werden. Im Zusammenhang hiermit sei bemerkt, daß am 18. Januar in Dresden eine Anzahl deutscher Handelskammern zusammentreten wird, um gleichfalls zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

* **Zum Streik der Automobildroschkenfahrer.** Aus Anlaß des Ausstandes der Automobildroschkenfahrer, über den wir schon kurz berichteten, hat der „Tag" Erkundigungen über die Kosten der Automobildroschke und den Chauffeurverdienst eingeholt. Was zunächst die Benzinwagen betrifft, so liegen die Verhältnisse hier wie folgt: Die einmaligen Anschaffungskosten einer Automobildroschke betragen etwa 10—12 000 ℳ. Die Betriebsunkosten berechnet man im Durchschnitt auf etwa 20 ₰ für jedes gefahrene Kilometer, davon entfallen allein 7—8 ₰ auf den Verbrauch von Benzin. Die Kraftwagen werden zumeist in zwei Schichten von je 8—10 Stunden gefahren, d. h. der eine Chauffeur übernimmt das Automobil bei Tage, der andere denselben Wagen bei Nacht. Die Reststunden des Tages bzw. der Nacht werden zum Reinigen der Gefährte benutzt. Nach einer Statistik, die von einer Reihe verschiedener Automobildroschkengesellschaften aufgestellt worden ist, rechnet man, daß in einer Schicht bei Tag oder bei Nacht bei einer durchschnittlichen Leistung 100 km gefahren werden, so daß das Erträgnis 25 ℳ für jede Schicht ausmacht. Die Automobildroschke nimmt daher, Tag und Nacht zusammen, durchschnittlich 50 ℳ ein; oft stellt sich der Betrag niedriger, oft auch höher. Von den 25 ℳ Einnahmen jeder Schicht erhielt der Automobildroschkenfahrer bisher 7.75 ℳ, d. h. 25 v. H. des Totalfahrpreises (6.25) und 1.50 ℳ Fahrerlohn. Seine Einnahmen betragen demgemäß pro Monat durchschnittlich 30 × 7.75 gleich 232.50 ℳ, dazu kommen oft erhebliche Trinkgelder. Legt man die täglichen Einnahmen der Benzindroschke mit 25 ℳ pro Schicht zugrunde, und zieht man hiervon den Chauffeurverdienst mit 7.75 ℳ ab, so bleiben der Gesellschaft 17.25 ℳ. Da aber die Betriebskosten der Gesellschaft selbst pro 100 km, d. h. für jede durchschnittliche Schicht, 20 ℳ betragen, so ergibt sich ein Manko von 2.75 pro Schicht. Mit anderen Worten, die Automobildroschkenbetriebsgesellschaften haben bisher an jedem Wagen 2mal 2.75 ℳ pro Schicht, d. h. 5.50 ℳ täglich zugelegt. Was schließlich den Benzinverbrauch betrifft, so rechnet man, daß eine Droschke pro Schicht 20 bis 25 Liter verbraucht, also den ganzen Tag etwa 40 bis 50 Liter. Da augenblicklich das Liter Benzin 26 ₰ kostet, so beträgt der Mindestverbrauch einer Droschke an Benzin für den ganzen Tag etwa 10.40 ℳ. Fast ebenso unrentabel wie der Betrieb von Benzin-Automobildroschken stellt sich derjenige von elektrischen. Hier sind die Anschaffungskosten noch größer, denn eine elektrische Droschke kostet durchschnittlich 15 000 ℳ. Es kommt hinzu, daß die für die Erzeugung von Elektrizität notwendigen Rohmetalle, wie Kupfer und Zink, in letzter Zeit 40—100 v. H. gestiegen sind. Der Chauffeurverdienst ist bei den elektrischen Droschken bisher größer gewesen als bei den Benzinwagen, weil das Publikum die Elektromobile wegen ihres ruhigen, eleganten Fahrens meist vorzieht. Das wird bald in erhöhtem Maße der Fall sein, da eine neue Batterie in Dienst gestellt werden wird, deren Kapazität (Kraftstärke) die Zurücklegung einer bedeutend größeren Fahrstrecke ermöglicht. Aus den Geschäftsbüchern einer hiesigen, rasch populär gewordenen Elektromobildroschkengesellschaft geht hervor, daß Fälle, wo Chauffeure monatlich 4—500 ℳ verdienten, nicht zu den Seltenheiten gehörten.

Deutsche Kolonien.

* **Südwest und die Reichstagsauflösung.** Aus Swakopmund, 12. Dezember, schreibt uns unser ständiger Mitarbeiter: So viel unser Südwest auch bisher zu leiden hatte und noch zu leiden hat: es will doch endlich Frühling werden. Der Zuzug an Farmern steigert sich mit jedem ankommenden Dampfer und wird von der Regierung mit jedmöglichem Entgegenkommen begrüßt. Selbst unser an guten Farmplätzen nicht gerade überreich ausgestatteter Bezirk Swakopmund hat eine Gartenbewirtschaftung in Haigamchab und Goanikontes aufzuweisen, die sich sehen lassen kann und die den gesamten Bedarf Swakopmunds an frischem Gemüse zu decken imstande ist. Im Innern beginnt langsam das Wiederbeziehen der verlassenen Farmen. Wenn es gelingt, die äußerst schwierige Frage der Beschaffung farbiger Arbeiter befriedigend zu lösen, genügend Wasser zu erschließen, gutes Zuchtvieh zur Verbesserung der Rassen — nachdem der ehemalige Bestand von den Hereros bestialisch vernichtet wurde — zu importieren und — vor allem — keine Seuchen die Nachzucht dezimieren, dann wird auch die Farmerei wieder auf die Beine kommen. Sicher ist es, daß Regierung und Farmer mit großer Energie an die Beseitigung der diversen „Wenns" herangehen, langsam, aber sicher, und bestrebt sind, das daheim arg in Mißkredit stehende Südwest zu rehabilitieren; nur darf man nicht vergessen, daß ein „Genesender" nicht das leisten kann, was von einem Gesunden verlangt werden kann. An unseren sechs Anschlagsäulen, die ein bereits wieder in die Heimat zurückgekehrter Bezirksamtmann den Bürgern als Vermächtnis hinterließ, stehen neben diversen „Kessel-Ausverkäufen", „Tanzvergnügen", „Gefunden" und „Verloren" usw. seit einigen Tagen die alarmierendsten Telegramme aus dem Walfischbay (?), die immer eine Anzahl Neugieriger umstehen und eifrig kommentieren. Es steht böse aus daheim, und namentlich unsere Farmer sehen mit gemischten Gefühlen ob der Bewilligung des Entschädigungsgesetzes für erlittene Schäden im Aufstande der Zukunft entgegen. Für viele hängt es von dem Ausgange ab, ob sie hier bleiben oder nicht, mit anderen Worten: ob das Schutzgebiet in der Entwickelung durch den Weggang fleißiger Ansiedler gehemmt wird oder nicht. Wird unser Gouverneur mit vollen Taschen wiederkommen? Werden die Volksvertreter, unsere Landsleute, Deutsche wie wir, der Not des kleinen Häufleins ihrer Mitbürger, die doch so viel Schweres in den Jahren 1904/05 durchzumachen hatten, mehr als offiziell bekannt ist, ein geneigtes Ohr und eine offene Hand entgegenbringen? Fast sieht es nach dem Gegenteil aus, nach all den Depeschen und Zeitungsstimmen! — —

Nachschrift. 14. Dezember. Soeben wird das Telegramm bekannt, daß die Auflösung des Reichstags verkündet. Die Erregung darüber ist allgemein. Das erste Gefühl ist das der Enttäuschung, daß durch die Schuld des Reichstags die Entscheidung nun wieder auf viele Wochen hinausgeschoben ist. Aber zugleich beseelt uns doch auch das frohe Gefühl, daß wir leben, daß die Regierung die kolonialen Angelegenheiten überhaupt und die unsern insbesondere ernst nimmt. Jetzt, wo nicht mehr der alte Reichstag, sondern das deutsche Volk selbst über unser Geschick zu entscheiden hat, dürfen wir wohl vertrauen, daß man die Landesgenossen hier draußen nicht im Stiche lassen wird.

* **In Sachen der Beleidigungsklage gegen Erzberger** gibt Gouverneur a. D. von Bennigsen in der „Köln. Ztg." eine eingehende Darstellung des Falles. Die Erzbergersche Broschüre hatte, wie schon berichtet, zunächst einen angeblichen Ausspruch Bennigsens in der Landkommission erwähnt: „Der Aufstand ist in wirtschaftlicher Beziehung ein Glück für die Kolonie gewesen", von Bennigsen sagt dazu, er habe, als dieser Ausdruck in der dritten Sitzung der Landkommission fehlerhaft von einem andern Redner zitiert wurde, soweit ihm erinnerlich, in Erzbergers Beisein, dazwischen gerufen: „Das habe ich ja gar nicht gesagt!" Wohin seine Ausführungen gelegentlich seines Referats über die Siedlungsgesellschaft zielten, daß es sich lediglich um eine Darlegung der fehlerhaften wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonie und ihrer unglücklichen wirtschaftlichen Lage vor dem Aufstande handelte, sowie um einen guten, dringend notwendigen Rat für die wirtschaftliche Fortentwicklung der Kolonie nach Beendigung des Aufstandes, das könne niemandem in der Landkommission unklar gewesen sein, am wenigsten Herrn Erzberger, dem nach seinen eigenen Angaben ein „jahrelanges Studium aller Quellen und die eigene Erfahrung" bei der Beurteilung von Kolonialfragen zu Gebote stehen. Trotzdem habe Herr Erzberger sich gemüßigt gesehen, in seiner Broschüre zu schreiben:

„Die Gesellschaften haben den größten Vorteil vom Aufstande in Südafrika! Ihre Zeitungen und Leute schreien deshalb auch, daß der Krieg noch recht lange dauern soll! Hat doch der frühere Gouverneur von Bennigsen in der Landkommission es offen ausgesprochen: „Der Aufstand ist ein Glück für die Kolonie."

Erzberger stempelt also seine lediglich im Interesse der Entwicklung der Kolonie geführte Darlegung zu dem frivolen Ausspruch eines der Leute der Gesellschaften, die schreien, daß der Krieg noch recht lange dauern solle, weil sie den größten Vorteil vom Aufstande hätten. Weiter bezieht sich Herr von Bennigsen auf folgenden Satz der Erzbergerschen Schrift über koloniale Konzessionen und Gründergewinne: „Wer aber steckt hinter solchen Gesellschaften? Etwa Gegner der Kolonie? Gewiß nicht; sondern lauter große Kolonialschwärmer! Es sind ganz bekannte konservative und nationalliberale Männer, die sich solche Riesengeschenke machen ließen. Wir wollen hier nur einige Namen nennen, die im Reichstage und in der Landkommission genannt wurden . . . der Sohn des nationalliberalen Abgeordneten „Gouverneur a. D. von Bennigsen". Demgegenüber stellt Bennigsen fest, daß er sich niemals um eine koloniale Konzession beworben, niemals aus einer derartigen Gründung Gewinn bezogen habe und keinem Aufsichtsrat einer kolonialen Gesellschaft angehöre. Aus dem Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika sei er ausgeschieden infolge von Zwistigkeiten, zu denen einen wesentlichen Teil seine konsequente Vertretung des Standpunktes beitrug, daß diese Gesellschaft, ihrer Geschichte und ihrem Charakter nach neben ihren eigenen auch die allgemeinen Interessen der Kolonie wahrnehmen und Unternehmungen betreiben müsse, durch die wirtschaftliche Werte geschaffen werden. Aus seiner Ansicht über koloniale Konzessionsjägerei habe er nie ein Hehl gemacht. Erzberger hätte leicht die Wahrheit über ihn erfahren können.

* **Kein Feldzug gegen die Ovambos.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: In den Kreisen der schwäbischen Zentrumswähler sucht man in leicht zu durchschauender Absicht dem Gerücht Eingang zu schaffen, in Südwestafrika solle gleich nach der Niederwerfung der Hottentotten ein Feldzug gegen die Ovambos ins Werk gesetzt werden. Es handelt sich bei dieser Ausstreuung lediglich um ein Wahlmanöver. Für die Kolonialverwaltung lag nie ein Anlaß vor, sich mit dem Gedanken militärischer Unternehmungen im Ovambolande zu beschäftigen. Die Maßregeln waren gerade umgekehrt darauf gerichtet, das Eingreifen mit Zwangsmitteln in diesem Gebiete nach Möglichkeit zu vermeiden und die Eingeborenen nicht zu beunruhigen. Deshalb wurde das Ovamboland für den Verkehr weißer Händler gesperrt, deshalb hat man auch, als der Häuptling Nehale einen Posten der Schutztruppe angriff, davon abgesehen, diese Ausschreitung zu ahnden, wie es ohne Rücksicht auf die Erhaltung der Ruhe im Ovambolande zweifellos geschehen wäre.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Im Abgeordnetenhause** brachte der Finanzminister zwei Gesetzentwürfe zugunsten der Staatsbahnbediensteten ein. Die erste Vorlage verlangt einen Kredit von 20 Millionen Kronen für einmalige Aufwendungen im Jahre 1907, die zweite fordert einen Mehraufwand von 15½ Millionen Kronen für endgültige Maßnahmen zur Besserstellung der verschiedenen Beamtenklassen mit Wirksamkeit vom Jahre 1906 an.

* **Nationale Verständigung in Böhmen.** Das „Neue Wiener Tagblatt" brachte einen angeblich aus Prager deutschen Parteikreisen stammenden Artikel, der unter Hinweis auf den ruhigen Verlauf der letzten Landtagstagung und auf den trostlosen Stand der Landesfinanzen, deren wirtschaftliche Ordnung nur durch Einverständnis beider Nationalitäten erfolgen könne, von der Geneigtheit beider Völker zur Verständigung spricht. Die Grundlage müßte eine weitgehende Selbstverwaltung sein, so daß jeder Volksstamm seine Angelegenheiten selbst besorgt und bezahlt. Die Tschechen werden diesen Preis zahlen müssen, meint der Artikelschreiber, da sonst der drückende Zustand der Landesfinanzen keine Besserung erfahren würde. Wie nun die maßgebenden Führer der Prager deutschen Parteileitung versichern, ist ihnen von Verhandlungen über diese Sache nichts bekannt; vielmehr halten sie den angeblich aus Prag stammenden Artikel des „N. Wien. Tagbl." für einen Fühler, der aus Wiener offiziösen Kreisen ausgegangen wurde. Die Antwort, die dieser Anregung von tschechischer Seite gegeben wird, ist gerade nicht sehr ermutigend. Die „Narodny Listy" wollen überhaupt nichts von einem Ausgleich wissen, der nur den schwachen Versuch macht, eine reinliche nationale Scheidung vorzunehmen. Sie deklamieren wieder einmal von dem „unzerteilbaren Königreiche Böhmen", dessen Unteilbarkeit die Könige mit heiligen Eiden beschworen haben. Die „Politik" ist auch gegen einen Ausgleich auf der angedeuteten Grundlage, da er den Deutschen volles (?) Recht geben würde, während die Tschechen mit den Zentralbehörden in Wien deutsch verkehren müßten. Uebrigens ist es gar nicht anzunehmen, meint das letztgenannte Blatt, daß einem Landtage, dessen Lebensdauer in diesem Jahre abläuft, noch Ausgleichsvorschläge gemacht werden würden. Die Deutschen wären gerne bereit, für die nationale reinliche Scheidung und Anerkennung des deutschen Sprachgebietes, — die tschechische innere Amtssprache in dem tschechischen Sprachgebiet zuzugestehen. Aber die Tschechen erklären fest, diese Ausgleichsgrundlage niemals annehmen zu wollen. Ueber wieviele „Niemals" ist die Weltgeschichte schon hinweggegangen, doch ist hier nochmals gesagt, daß derzeit keine Ausgleichsverhandlungen gepflogen werden oder beabsichtigt sind, da die Zeit hierzu nicht geeignet ist.

Frankreich.

* **Die Offiziere für Marokko.** Die französische Regierung hat die Liste der zur Errichtung der Polizei in den Hafenstädten abkommandierten Offiziere dem Sultan von Marokko zur vertragsmäßigen Bestätigung vorgelegt. Die Offiziere sind des Arabischen mächtig. Man verfolgt in Paris aufmerksam und mißgünstig die Sendung der deutschen Offiziere Tschudi und Wolf nach Fez. Einige Blätter geben ihrer Verstimmung Ausdruck, indem sie fragen: was hilft uns die Einrichtung der Polizei unter französischen Offizieren, wenn gleichzeitig die Unterweisung des marokkanischen Heeres deutschen Offizieren anvertraut wird? Ja, die bösen Deutschen.

* **Von der Kammer-Eröffnung.** Die Verschiebung der Präsidentenwahl ist erfolgt — weil zu wenig Abgeordnete in der Eröffnungssitzung erschienen waren. Tout comme chez nous! Allerdings gab es noch keine absolute Beschlußunfähigkeit, aber doch eine relative: Die Republikaner hatten sich durch ihre Unpünktlichkeit von der Gnade der erschienenen Häuflein Monarchisten abhängig gemacht. Diese hatten überhaupt einen großen Tag; einer der Ihren, de [illegible], sprach als Alters-Präsident die Eröffnungsworte. Er benutzte die seltene Gelegenheit, um vom Präsidentenstuhl gegen die Gottlosigkeit der Regierung zu eifern. Man konnte ihm nicht verdenken, auch uns „Barbaren" kommt die sinnliche Abschaffung des Dieu protège la France auf den französischen Münzen recht läppisch vor.

Spanien.

* **Ernennungen.** Das spanische Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Marquis von [illegible] zum spanischen Botschafter in Wien anstelle des zurücktretenden Herzogs von Bailen und die Ernennung des Marquis [illegible] zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

Rußland.

* **Die Ermordung General Pawlows.** Ueber das Attentat auf den General Pawlow werden weitere Einzelheiten gemeldet: Der Täter drang dank seiner Verkleidung bis in den Garten des Militärtribunals, wo der General gerade spazieren ging. Er feuerte sechs Schüsse ab, von denen vier in die Brust gingen und zwei in den Nacken. Der Obermilitärprokurator verschied wenige Minuten darauf. Während der Verfolgung gab der Attentäter, der zwei Revolver bei sich hatte, noch 17 Schüsse ab. Bei der Festnahme weigerte er sich, zu antworten. Seine Identität ist noch nicht festgestellt. — Der Name des Generals Pawlow wurde weiteren Kreisen bekannt, als er im Sommer des vorigen Jahres dem Verlangen der Duma nach Aufhebung der Todesstrafe namens der Kriegsverwaltung in der schroffsten Form entgegentrat. Der General mußte vor der Empörung der Abgeordneten weichen und den Sitzungssaal verlassen, durfte sich dort auch nicht wieder sehen lassen. Er verblieb indessen in seiner hohen militärischen Stellung und zeichnete sich durch besonderen Eifer in der Verfolgung der vor die Kriegs- und Feldgerichte gebrachten Revolutionäre aus. Seine Ermordung dürfte auch auf den Zaren einen tiefen Eindruck machen. — Die Duma hatte ihm „Mörder!" zugeschrieen.

* **Ein tapferer Revolutionär.** Aus Petersburg wird gemeldet: In der Nacht zum zweiten Weihnachtsfeiertag (a. St.) erschoß sich im Grandhotel ein unbekannter, auf einen falschen Paß gemeldeter Revolutionär, nachdem er in seinem Zimmer eine fünfstündige Belagerung durch die Polizei und eine regelrechte Beschießung durch Soldaten des Leibgardeschützenbataillons ausgehalten hatte. Erst als die Decke des Zimmers immer mehr einstürzte, nahm sich der Revolutionär nach verzweifelter Gegenwehr, wobei über hundert Schüsse gewechselt wurden, das Leben.

* **Russische Wählerversammlungen.** Nachdem die Termine für die Wahlen zur zweiten Reichsduma festgesetzt sind, hat sich nun die russische Administrativbehörde, wenn auch schweren Herzens, entschlossen, auch den gemäßigten Parteien die Veranstaltung von Wählerversammlungen zu gestatten. Man sollte nun meinen, daß die russische Behörde wenigstens jetzt in ihrer Bevormundung und der Beeinflussung der Wähler etwas nachlassen wird, um nicht dieselben traurigen Resultate für die russische Regierung zu erzielen, wie es bei der ersten Reichsduma der Fall war. Aber — weit gefehlt, dieses Privilegium läßt sich die russische Regierung nicht nehmen; mag der Zar Manifeste erlassen, soviel er will, und mag darin stehen, was da will. Die russische Polizei ist und bleibt eben die Zenturie der Geschichte Rußlands und dürfte dieses bedeutungsvolle Amt höchstwahrscheinlich auch nach der Einberufung der kommenden Reichsduma beibehalten, so oppositionell diese auch sein mag. Dafür liefert nachfolgender Vorfall ein beredtes Zeugnis. In Petersburg fand nämlich eine polizeilich erlaubte Wählerversammlung statt, der etwa 800 Personen unter Assistenz eines Polizeileutnants beiwohnten. Der erste Redner, Herr W. M. Wodowosow begann zu sprechen: „In den Zarenmanifesten wurde wiederholt hervorgehoben, daß kein Gesetz ohne die frei gewählte Reichsduma veröffentlicht werden darf; indessen werden auch ohne die Reichsduma so manche harte Gesetze gegeben" . . . Hier unterbrach der Leutnant Swenigorodski den Redner mit der Bemerkung, er werde die Versammlung sofort schließen, wenn die Regierung auch nur erwähnt wird. Der Versammlungsleiter fragt den Polizeileutnant, wie dies zu verstehen sei. „Der Redner darf nur von Parteien sprechen" sagte der Hüter der Ordnung. Der Redner verbeugt sich und fährt fort: „Aber nicht alle politischen Parteien in Rußland dürfen die Bürger mit ihren Ansichten bekannt machen, da die Freiheit des Wortes noch immer gehemmt, die Presse unterdrückt ist . . ." Voller Wut stürzt der Polizeileutnant zur Tribüne, verlangt die sofortige Abbrechung des Vortrages, notiert die Adresse des Redners und erklärt die Versammlung für geschlossen. Es entsteht ein furchtbarer Tumult. Professor Borodkin, dem der vor einigen Tagen ernannte Petersburger Stadthauptmann von der Launitz die Genehmigung für diese Wählerversammlung erteilt hatte, läßt sich in einen Diskurs mit dem Leutnant ein über das, was gesprochen werden darf oder nicht und erklärt nach kurzer Zeit der aufgeregten Versammlung, daß Herr Wodowosow aus „von ihm unabhängigen Gründen" die Rede nicht beenden kann, und er, Borodkin, statt dessen eine andere Rede halten wird. Mit großer Gewandtheit sprach Professor Borodkin von den politischen Parteien, die er nur als rechte und linke bezeichnete, letztere jedoch ohne Nennung der Namen, charakterisierte jede Partei in skeptischer Form und behandelte die nationalen Fragen zur Zufriedenheit des Leutnants, so daß die Wählerversammlung zu Ende geführt werden konnte.

SLUB
Wir führen Wissen.